ver.di
Ortserwerbslosenausschuss
Region Hannover
Der Vorstand
Goseriede 12
30159 Hannover
Tel. 0511-12400-345

Ver.di - Goseriede 10 – 12 - 30159 Hannover

Hannover, 25.06.07

Presseerklärung:

Hartz IV schafft Eierdiebe – Prozess nach Protestaktion in Aschersleben

„Hartz IV schafft Eierdiebe!“ Unter diesem Motto informieren der ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover und der Arbeitslosenkreis Linden die Öffentlichkeit über einen Prozess gegen den Erwerbslosenaktivisten Tommi Sander aus Aschersleben am 26.06.2007.

Nähere Hintergründe werden an diesem Tag um 16 Uhr auch über einen Stand der Erwerbslosen in der Limmerstraße/Ecke Pfarrlandplatz vermittelt.

Sander war Teilnehmer einer Protestaktion der Gruppe „Die Überflüssigen“ gegen die zu niedrigen Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe. Am 28.09.2006 besuchte die Gruppe, begleitet vom Kamerateam eines Privatsenders, einen Supermarkt, verzehrte aus den Regalen fünf halbe Liter Mineralwasser, sieben Bananen, fünf Äpfel, drei Brötchen und fünf Würstchen und verteilte dabei Flugblätter. Die Kunden des Supermarktes wurden informiert, dass Erwerbslosen im Regelsatz 0,75 Euro zum Frühstück, 1,50 Euro zum Mittagessen und 1,50 Euro zum Abendessen zugestanden wird. Das reicht nicht um wirklich satt zu werden, erklärte eine Teilnehmerin der Mitteldeutschen Zeitung.

Die Staatsanwaltschaft reagierte auf die Protestaktion mit Strafbefehlen wegen „Diebstahls geringwertiger Sachen“. Zwei der sechs Erwachsenen Teilnehmer wurden 50 Euro oder 15 Arbeitsstunden

auferlegt. Tommi Sander, der auch Mitglied im ver.di Erwerbslosenausschuss Sachsen-Anhalt-Süd ist, sollte eine Geldstrafe von zwölf Tagessätzen und insgesamt 243 Euro bezahlen. Dagegen hatte Sander Widerspruch eingelegt.

Der ver.di Ortserwerbslosenausschuss und der Arbeitslosenkreis Linden weisen darauf hin, dass es beim ALG II – anders als bei der Sozialhilfe – keine untere Auffanggrenze für ein Existenzminimum gibt. Die Behörde kann Leistungen mit Strafmassnahmen bis auf Null senken. Im April 2007 verhungerte in Speyer ein 20jähriger nach Kürzungen des ALG II.

Im Flugblatt der hannoverschen Erwerbslosen heißt es: „Besonders empört sind wir Erwerbslosen auch über die ständigen Rückgriffe bei SPD und CDU auf Elemente faschistischer ‚Sozialpolitik'. Nicht nur weil schon mit den sogenannten Ein-Euro-Jobs ein neuer Arbeitsdienst geschaffen wurde. Die SPD-Minister Wolfgang Clement und Franz Müntefehring haben eine eindeutige ideologische Begleitmusik geliefert. Clement unterzeichnete ein Dokument seines Ministeriums, in dem Erwerbslose als Parasiten bezeichnet wurden – nicht etwa die Kapitaleigner, die den Gewinn der Arbeit aufsaugen. Müntefehring toppte dies durch den Spruch am Kabinettstisch: ‚Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen'. Die grausame Konsequenz dieser Politik ist durch den Hungertoten in Speyer deutlich geworden. Tommi Sander und ‚Die Überflüssigen' gehören, ebenso wie wir, zu denjenigen, die einen solchen Sozialdarwinismus nicht hinnehmen werden."

Volker Ritter, Vorsitzender des ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, sagt deshalb: „Die Politik lässt den Erwerbslosen wenig Alternativen. Sie können hungern, betteln oder kriminell werden. Ein Regelsatz von 345 Euro bietet jedenfalls kein ausreichendes Existenzminimum und wenn die ARGE zusätzlich noch einen Hebel für Kürzungen findet, ist der Ofen ganz aus." „Die Situation wird noch viel krasser", so Ritter weiter, „wenn die Pläne der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt im Bundesministerium Wirklichkeit werden". Denn geplant ist, die Zuverdienstmöglichkeit beim ALG II auf vierzig Euro

zu begrenzen. „Dann“, sagt Ritter, „hungern auch diejenigen, die sich heute noch mit Minijobs gerade so über Wasser halten.“

Die Erwerbslosen fordern einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. „Auch bei einem Lohnabstand von 80% hätten wir dann einen Regelsatz von 500 Euro“ meint der Ortserwerbslosenausschuss von ver.di Hannover. Und weiter: „Nur so ist Hunger im reichen Deutschland vermeidbar.“

i. A. Volker Ritter, Vorsitzender im ver.di-Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover